

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: - (1928)
Heft: 11

Artikel: Merkantilistische Renaissance?
Autor: Keller, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-759735>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Merkantilistische Renaissance?

von Paul Keller

I.

Im 17. und 18. Jahrhundert haben die jungen europäischen Nationalstaaten und größeren Territorien eine in ihren Grundzügen merkwürdig übereinstimmende staatliche Wirtschaftspolitik getrieben, die wir unter den Begriff des *Merkantilismus* fassen. Es wäre falsch, unter dieser Bezeichnung (*mercator* = Händler) eine einseitige Handelspolitik verstehen zu wollen. Merkantilismus bedeutet mehr als staatliche Handelspolitik.

Gewiß wird der Händler besonders hoch geschätzt und zuerst geschützt und gefördert. Es gehört zum Charakteristischen dieser Handelspolitik, auf eine « günstige Handelsbilanz » gerichtet zu sein. Die Staaten versuchen, mehr auszuführen als einzuführen, um sich den Passivsaldo vom Ausland in Edelmetall bezahlen zu lassen. Schon hier zeigt sich zunächst dies Auffallende: daß die einseitige Exportförderung durch Ausfuhrprämien, durch hohe Einfuhrzölle und Einfuhrverbote, nicht Selbstzweck war. Die merkantilistische Handelspolitik ordnet sich einem weitergehenden Streben der jungen Staaten nach Reichtum ein. Und aus einer falschen Überschätzung des Geldes, der Edelmetalle, als dem Inbegriff des Reichtums eines Landes, ist sie zu erklären. Wenn Gold und Silber den Reichtum eines Landes verkörpern, so sind schließlich zwei Wege möglich, ein reiches Land zu werden. Entweder man findet die Edelmetalle im eigenen Grund und Boden, oder man muß sie vom Ausland erhalten. Vom Ausland bekam man Gold und Silber als Gegenwert einer hohen Ausfuhr, der keine entsprechende Wareneinfuhr zur Seite stand. So tritt diese merkantilistische Politik der « günstigen » (d. h. aktiven) Handelsbilanz in den Rahmen einer staatlichen Finanzpolitik, die staatliche Geldversorgungspolitik ist. Geld brauchte der König und Landesfürst für die Prachtentfaltung seines Hofes, als dem imponierenden Ausdruck staatlicher Macht und Wohlfahrt. Geld brauchte man für Heer und Flotte und Kolonialunternehmungen.

Solche Geldversorgungspolitik auf Grund der Ausfuhr von hoch-

wertigen Fabrikaten ist aber nur möglich in Verbindung mit einem entwickelten Gewerbe. Die mercantilistische Exportpolitik zieht ihre Kreise auch ins Gewerbsleben, denn das Gewerbe muß die Exportartikel erst zur Verfügung stellen. Merkantilismus bedeutet also eine bewußte Gewerbepolitik, heißt auch hier staatliche Förderung durch Schaffung großer Monopole, durch Privilegierung hervorragender Unternehmungen, durch Gründung neuer Industrien, durch Stützung notleidender Gewerbe mit staatlichen Subventionen. Der mercantilistische Staat will ein starkes, ein vielseitiges und leistungsfähiges Gewerbe nicht bloß des Exportes wegen, sondern um der eigenen ökonomischen Unabhängigkeit willen. « Que le pays fournit le pays. » Merkantilismus bedeutet die Politik der nationalen oder territorialen wirtschaftlichen Unabhängigkeit.

Wer aber einen starken Handel und eine starke Industrie will, der muß die dazu notwendigen Menschen haben. Es gehört zur mercantilistischen Wirtschaftspolitik auch eine bewußte, eigenartige Bevölkerungspolitik. Der volkreiche Staat ist der mächtige Staat. « Volkreich, nahrhaft Gemein », sagt J. J. Becher, und Schinz setzt seiner *Geschichte der Handelsschafft der Stadt und Landschaft Zürich* als Motto voran: « Wo ein König viel Volks, das ist seine Herrlichkeit, wo aber wenig Volks ist, das macht einen Herrn blöd. » Viele Menschen brauchte man, Menschen für die neuen Manufakturen, für Schiffahrt, Handel und nicht zuletzt als Soldaten. Es schwebt dem Merkantilismus eine Art Menschenbilanz vor: je mehr Menschen ein Land hat, um so glücklicher ist es, vorausgesetzt, daß der staatlich geförderte Gewerbefleiß und Handel sie zu ernähren vermögen. Und zwar reichlich zu ernähren vermögen, denn, meint Schröder in seiner *Fürstlichen Schatz- und Ratskammer* (1688): « Wie ein Hausvater das Vieh mästen muß, das er schlachten will und die Kühne wohl füttern muß, wann er will, daß sie sollen viel Milch geben, also muß ein Fürst seinen Untertanen erst zu einer guten Nahrung helfen, wann er von ihnen etwas nehmen will. »

Dies sind wesentliche Grundzüge mercantilistischer Wirtschaftspolitik. Es ergibt sich aus ihnen, daß « Merkantilismus » auf keinen Fall eng als Handelspolitik gewertet werden darf. Er ist viel mehr. Er ist eine eigenartige, weitgespannte Wirtschaftspolitik, welche Bevölkerung, Gewerbe, Finanzen sowohl wie den Handel in ihren Bereich zieht. Zurückgestellt bleibt die Landwirtschaft, wohl aus dem Grunde, weil die neuen erträglichen Reichtumsquellen des Exportgewerbes und des Handels das besondere Interesse der Wirtschaftspolitiker erweckten.

Merkantilismus bedeutet immer und überall eine Wirtschaftspolitik des staatlichen Eingriffs in die Wirtschaft, den Versuch einer zielbewußten Leitung der Wirtschaft durch die Regierung.

Der Merkantilismus muß zu seinem vollen Verständnis in den noch umfassenderen Rahmen staatlicher Machtpolitik hineingestellt werden. Denn letzten Endes ist er nicht staatliche Fürsorge für die materielle Wohlfahrt der Landeskinder, sondern Ausdruck und Ausfluß landesherrlichen Machtstrebens. Die Wirtschaftspolitik Colberts, des größten Merkantilisten Frankreichs, will den Reichtum, den Glanz des Königs und die Macht Frankreichs. Die merkantilistische Politik eines Cromwell will die Unabhängigkeit Englands, bedeutet den Ruin der holländischen Schiffahrt und den Anfang des Wachstums eines britischen Weltreichs. Die Wirtschaftspolitik Friedrichs des Großen ist ein Teil der Machtpolitik Preußens. Wirtschaftliches Erstarken, Wachsen und Selbständigwerden der jungen Staaten: *Machtstreben* liegt dieser Wirtschaftspolitik des Merkantilismus zugrunde. Dies erklärt auch, warum seine Prinzipien – in ihrer Anwendung im einzelnen von Land zu Land verschieden, den örtlichen Gegebenheiten angepaßt – doch mit einer verblüffenden Einheitlichkeit von Spanien bis nach Rußland Verwirklichung fanden.

II.

Und nun, meine ich, braucht es keine besondere Sehergabe, um in der europäischen Wirtschaftspolitik der Gegenwart auffallende Parallelen zu diesem längst totgeglaubten Merkantilismus zu entdecken. Über hundert Jahre einer gegenläufigen Wirtschaftspolitik trennen uns zwar vom alten Merkantilismus. Der Liberalismus, die Wirtschaftspolitik des mündig gewordenen Unternehmertums, hatte seine Prinzipien scheinbar vernichtet, hatte sich mit Vehemenz gegen die staatliche Einmischung in die Wirtschaft gewandt. Aber können wir heute noch die Vorherrschaft des Liberalismus behaupten; hat sich nicht vielmehr während des großen Krieges eine grundsätzliche Wandlung vollzogen? Haben wir nicht deutliche Symptome einer Rückkehr zu merkantilistischen Grundsätzen, und stehen wir heute nicht im Zeitalter eines *Neo-Merkantilismus*? Ich möchte dies mit einigen wenigen Hinweisen zu belegen versuchen.

Der Merkantilismus trieb eine optimistische Bevölkerungspolitik. Er sah in den großen Menschenmassen ein Mittel zur Macht. Der Weltkrieg hat die Bedeutung dieser Massen in ein besonderes Licht gestellt. Es werden heute von gewissen Seiten überaus pessimistische Betrach-

tungen über den Geburtenrückgang angestellt, und es wird die gelbe und schwarze Gefahr als drohende Zukunft ausgemalt. Man versucht, durch eine geschickte Propaganda dem Geburtenrückgang zu wehren. Diese Erscheinung in allen zivilisierten Staaten hat aber sehr starke psychologische und wirtschaftliche Wurzeln. Egoismus, wie übertriebene Fürsorglichkeit, Bequemlichkeit, gesellschaftliche Hindernisse, Abnahme der Kraft des katholischen Dogmas, wie die verminderte Möglichkeit zur wirtschaftlichen Selbständigkeit zu gelangen, die Abwanderung von der bäuerlichen Eigenwirtschaft auf den unfruchtbaren Boden der Großstadt, zunehmende Rentnermentalität sind die Ursachen solchen Geburtenrückganges. Da werden auch die Propagandaunternehmungen moderner Regierungen für einen größeren Kinderreichtum nichts Wesentliches zu ändern vermögen. Aber daß solche Bestrebungen heute im Gange sind und Anklang finden können, ist Ausdruck eines neomerkantilistischen Geistes. Wenn in Frankreich Ausstellungen veranstaltet werden, die nicht bloß erschreckende Zahlenreihen in die Zukunft ziehen, sondern mit allen Mitteln das Glück der Elternschaft preisen, so darf man nicht vergessen, daß hinter dieser Beeinflussung, hinter dieser Bevölkerungspolitik der Geburtenprämien, der mannigfachen Unterstützung und des öffentlichen Lobes kinderreicher Familien der nackte Machtwille des Staates steht.

Es ist wohl seit den Zeiten des Merkantilismus nicht mehr vorgekommen, daß ein Staatsoberhaupt seinen Untertanen ihre bürgerliche Pflicht, sich kräftig zu vermehren, aufs eindrücklichste in Erinnerung gerufen hat. Heute tut es Mussolini unter Anrufung Hegels: «Wer nicht Vater ist, der ist nicht Mensch». Mussolini erklärt es als eine verkehrte Theorie, daß höhere Qualität die geringere Quantität der Bevölkerung wettzumachen imstande sei. «Eine Nation lebt nicht bloß in ihrer Geschichte, besteht nicht nur als Territorium, sondern als eine Masse von Menschen, die sich von Generation zu Generation erneuern müssen. Das Gegenteil bedeutet Knechtschaft und Untergang. Und wenn wir nicht gegen den Strom (der allgemeinen Geburtenabnahme) schwimmen, so ist das gesamte Werk der fascistischen Revolution vergeblich gewesen, weil zu einer bestimmten Zeit unsere Felder, Schulen, Schiffe und wirtschaftlichen Unternehmungen ohne Menschen sein werden.» Und nie ist wohl das letzte Motiv solcher Bevölkerungspolitik deutlicher ausgesprochen worden, als im Schlußsatz der ducalen Abhandlung «Il numero come forza» (*Corriere della Sera*, 25. September 1928): «Sechzig Millionen Italiener werden das Schwergewicht ihrer Masse

und ihrer Kraft in der Weltgeschichte zur Geltung bringen. » Dies ist reiner Neo-Merkantilismus, eingedenk des Satzes « wo aber wenig Volks ist, das macht einen Herrn blöd! » Und doch kennt man Italien seit Jahrzehnten als das große Auswandererland, und weiß man, daß in der modern-kapitalistischen Wirtschaft breite Arbeitslosigkeit zu einer ständigen Erscheinung geworden ist. Aber trotz alledem: Seid fruchtbar! Wie in der alten, so handelt es sich auch in der heutigen jungmerkantilistischen Wirtschaftspolitik nicht um leitende Maßnahmen von oben, letztlich ausgerichtet auf wirtschaftliche Bedürfnisse und Ziele, sondern um die Politik eines krassen staatlichen Machtstrebens.

Dieses staatliche Streben trifft sich oft mit dem der Wirtschaft, oder doch einzelner Teile der Wirtschaft. Meist dann, wenn es ihnen schlecht geht, wenn die Unternehmerkraft erlahmt, wenn Volkswirtschaft mit Volkswirtschaft in ungleichen Konkurrenzkampf tritt. Dann ertönt das S. O. S. der Industriellen und Bauern. Es wird zum S. O. I. (Safeguarding of Industries Act), schafft das Schutzzoll- und Subventionensystem der Gegenwart. Wir stehen heute in einer neuen Epoche staatlich gebundener Wirtschaft, die in ihren Methoden dem alten Merkantilismus folgt. Die Weltwirtschaftskonferenz vom vorigen Jahre hat in ihren wissenschaftlichen Untersuchungen und in ihren Entschließungen diese Tatsache aller Welt vor Augen geführt. Ihre Bestrebungen zur Milderung der gegenwärtigen nationalistischen Wirtschaftspolitik sind bis heute ohne Erfolg geblieben. Nicht darin liegt aber schließlich das Entscheidende, daß irgend ein Gut oder eine Industrie mit Schutzzoll belegt wird, sondern darin, daß heute die Wirtschaft wieder den staatlichen Schutz sucht, daß sie im Raume engster weltwirtschaftlicher Verflochtenheit die trennende, territorial gebundene Macht der politischen Einheit anruft.

Unterstützung und Schutz werden in den mannigfachsten Formen gewährt, weil « der Fürst seinen Untertanen erst zu einer guten Nahrung helfen muß, wann er von ihnen etwas nehmen will », weil die politische Stärke und Organisation auf bestimmten wirtschaftlichen Grundlagen fußen und mit deren Aufrechterhaltung oder doch sehr allmäßlichen Umgestaltung eng verbunden sind. Darüber muß man sich klar sein, daß es sich bei all diesen Maßnahmen einer staatlichen Wirtschaftspolitik nicht mehr um rein-ökonomische Überlegungen handelt. Mit der Inanspruchnahme der staatlichen Macht kommt notwendig auch der Einfluß des politischen Wollens in die Wirtschaft. Die Vertretung wirtschaftlicher Gruppen in den modernen Parlamenten erleichtert

die Geltendmachung wirtschaftlicher Interessen und Wünsche, und es nützt gar nichts, darüber zu jammern. Es erscheint nur als eine natürliche Folge dieser Entwicklung, wenn heute ernste Versuche unternommen werden, sich in der politischen Organisation diesem Übergewicht des Wirtschaftlichen über das Kulturpolitische älteren Stils anzupassen: durch besondere Wirtschaftsparlamente und Räte, oder durch einen ständischen, d. h. auf der wirtschaftlich-sozialen Schichtung beruhenden Staatsbau.

Wir haben uns heute weit entfernt von dem liberalen Grundsatz des « *laisser faire* », jener energischen Aufforderung einer selbständig gewordenen Wirtschaft an den Staat, sich aller Einmischung in die Wirtschaft zu enthalten. Das « *freie Spiel der Kräfte* » gehört der Wirtschaftsgeschichte an. Die befreite Wirtschaft des überwundenen Merkantilismus ist von neuem eine gebundene geworden, gebunden durch den Staat und durch die mächtigen modernen Wirtschaftsverbände.

Nirgends ist diese Entwicklung auffallender als in England. Hier ist sie von Grund aus neu und widerspricht sie der Tradition der letzten hundert Jahre. Man kann heute darüber streiten, ob England noch freihändlerisch ist oder nicht. Tatsache ist, daß wichtige englische Industrien bereits geschützt sind und die englische Regierung für die nächste Zukunft eine weitere Vermehrung der Schutzzölle in Aussicht stellt. Viele mögen hierin bloß die alte Beweglichkeit des liberalen Geistes sehen, der sich geschickt veränderten Verhältnissen anzupassen weiß. Aber es scheint mir schwierig zu behaupten, daß heute in England die Grundlagen wahrhaft liberaler Wirtschaftspolitik unberührt geblieben seien.

Aus dem ausgezeichneten liberalen Wirtschaftsbericht *Britain's Industrial Future* (1928) ergibt sich eine grundsätzliche geistige Wandlung. Sie muß notwendig vorangegangen sein, bis ein Volk (denn hier war die liberale Wirtschaftspolitik eine Angelegenheit des breiten Volkes), das einst in einer Revolte gegen das System staatlicher Monopole und merkantilistischer Privilegierungen sich seine wirtschaftliche Freiheit errang, in weiten « liberalen » Kreisen zur Bejahung einer Wirtschaftspolitik gelangt, die mit Zöllen, mit staatlichen Untersuchungsausschüssen über unfaire Konkurrenz, mit staatlicher Exportförderung und Kreditversicherung (Export Credit Scheme und Trade Facilities Acts), mit Subventionen, mit staatlicher Überwachung der Kapitalanlagen arbeitet, und die ebenso viele neomerkantilistische Eingriffe ins Wirtschaftsleben bedeuten. Es kann nicht bestritten werden, daß selbst

England heute von seiner traditionellen liberalen Wirtschaftspolitik abgerückt ist. Es mehren sich selbst in England die Parallelen zum überwunden geglaubten Merkantilismus; es schwindet auch hier der Raum der von staatlicher Einmischung freien Wirtschaftssphäre.

Diese Erscheinung ist in Europa ganz allgemein, und die außereuropäischen Staaten werden binnen kurzem unsere gelehrigen Schüler sein. Ist es nicht symptomatisch, wenn Indien in einem jüngsten Gesetz (in direkter Parallele zur Cromwellschen Navigationsakte) die Küstenschiffahrt Indiens und Burmas den Schiffsgesellschaften unter indischer Leitung vorzubehalten versucht? Mag die neomerkantilistische Wirtschaftspolitik nun teilweise eine Folge des Weltkriegs, des neu erwachten Nationalismus oder der Fehler und Auswüchse eines extremen Manchestertums sein, oder mag diese Wandlung in der heutigen Wirtschaftspolitik auf strukturelle Veränderungen der Wirtschaft (wie etwa die den mächtigen Wirtschaftsverbänden gegenüber notwendig gewordene staatliche Kontrolle) zurückzuführen sein: es bleibt die Tatsache einer grundsätzlich veränderten Lage. Wir sind auf dem besten Wege, aus dem freien Spiel der Kräfte in eine von neuem gebundene und verpolitisierte Wirtschaft zu gelangen. Die heutigen Monopoltendenzen und die Mittel unserer Wirtschaftspolitik dürfen ohne Übertreibung als eine Renaissance des Merkantilismus bezeichnet werden.

In ihren Anfängen ist die liberale Ära den Zeitgenossen als eine Periode der Revolution und des wirtschaftlichen Chaos erschienen. Vielleicht wird später einmal, wenn die heutigen wirtschaftspolitischen Tendenzen und Anfänge sich ausgewachsen haben, das ganze 19. Jahrhundert als ein gewaltiger wirtschaftlicher Revolutionsversuch betrachtet, der vergeblich unternommen wurde, um eine stets gebunden gewesene Wirtschaft zu befreien, und der nur dazu führen konnte, nach einer wundervollen technischen Erneuerung die Wirtschaft auf einer höheren Entwicklungsstufe in neue Bindungen eingehen zu lassen.